



**GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG**

GBZ-Info Nr.30, Juli 1998

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Am 26. September wird über eine weitere Initiative der Gewerkschaften abgestimmt, die über die **Herabsetzung des Rentenalters für Frauen auf 62 Jahre**. Zur Erinnerung: Am 25. Juni 1995 hat das Schweizer Volk in einer Abstimmung die 10. AHV-Revision angenommen. Gegen die 10. AHV-Revision hatten die Gewerkschaften das Referendum ergriffen, weil diese das Rentenalter für Frauen von 62 auf 64 Jahre heraufsetzte. Die 10. AHV-Revision brachte aber auch einige Verbesserungen für die Frauen: Splitting, Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Aus diesem Grund unterstützten viele linke Frauen die 10. AHV-Revision. Wenn nur über die Heraufsetzung des Rentenalters abgestimmt worden wäre, dann wäre die 10. AHV-Revision abgelehnt worden.

Aus diesem Grund haben die Gewerkschaften nach der Abstimmung eine Initiative lanciert, die das Frauenrentenalter wieder auf 62 Jahre herabsetzen will. Diese Initiative kommt nun zur Abstimmung. Um einen breiten und aktiven Abstimmungskampf zu führen, wird in Zug in diesen Tagen ein Komitee gegründet.

Mit der 11. AHV-Revision möchten bürgerliche Politiker das Frauenrentenalter sogar auf 65 heraufsetzen. Einige Hardliner fordern schon lange, dass das Rentenalter für Frauen und Männer auf 67 Jahre erhöht werden soll. ***Nötig wäre jedoch eine Herabsetzung für alle, denn immer mehr Leute haben heute Mühe bis zum Pensionierungsalter eine Stelle zu behalten.*** In der Wirtschaft finden immer mehr frühzeitige Pensionierungen statt. Unter den Langzeitarbeitslosen hat es viele, die keine Stelle finden, weil sie „zu alt“ sind; viele von diesen landen dann bei der Sozialfürsorge. ***Darum ist es wichtig, dass wir mit dieser Abstimmung das Frauenrentenalter auf 62 Jahre senken, um die Voraussetzung zu schaffen, dass das Rentenalter für alle gesenkt werden kann!***

Mit kollegialen Grüßen

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Wichtige Daten zum Vormerken:

9. September 1998: GBZ-Apéro mit Kollegen Regierungsräten
26. September 1998: Abstimmung = Frauenrentenalter 62

Das GBZ-Info geht an alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.



Kantonsrätin Sybilla Schmid als Rednerin an der 1.-Mai-Kundgebung auf dem unteren Landsgemeindeplatz, welche wie jedes Jahr vom Gewerkschaftsbund des Kantons Zug organisiert wurde.

BILD PATRIK PAULI

1.-Mai-Kundgebung: Gut besuchte Festgemeinde auf dem Landsgemeindeplatz

«Die 1.-Mai-Feier darf nicht zum Ritual verkommen»

Appell an die Solidarität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits, Aufruf aber auch an die Arbeitgeberschaft, ihren sozialen Pflichten nachzukommen: Dies waren die Stichworte an der (auch von der linken Politprominenz) gut besuchten 1.-Mai-Kundgebung auf dem Landsgemeindeplatz in Zug.

VON ANNEMARIE SETZ

Auf dem regensicher eingerichteten kleinen Festplatz mit Imbissständen auch ausländischer Gastgeber sprachen Anita Stadler, SGA-Mitglied des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug, und Brigitte Profos, SP-Kantonsrätin, eine spanische Arbeitnehmerin sowie der Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug, Bruno Bollinger.

Neue Arbeitsmodelle gefordert

Anita Stadler erinnerte daran, dass gerade in der heutigen Zeit mit hoher Arbeitslosigkeit Forderungen nach Verkürzung der Lebensarbeitszeit, so das Rentenalter 62, aktuell seien. Sie meinte damit die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für die 36-Stunden-Woche sowie die Idee des Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitszeitverkürzung mit neuen Arbeitsmodellen fordert.

Solche neuen Arbeitsmodelle könnten – so die Referentin – durch Produktivitätsgewinne finanziert werden. An-

beitslosigkeit ist keine konjunkturelle Depression, sondern eine Explosion der Produktivität», zitierte sie Udo Herrmanstorfer, Unternehmensberater und Dozent für Wirtschaft und Sozialgestaltung. Im weiteren unterstrich sie, dass bezahlte Weiterbildungs- und Bildungsmassnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit beitragen könnten.

Anita Stadler erinnerte an Projekte auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, Arbeiten im Dienst der Allgemeinheit, also nicht gewerbliche Tätigkeiten. Ein solches Engagement bedeute für viele Teilnehmende nach langer Arbeitslosigkeit erstmals wieder einen geregelten Tagesablauf. Konkurrenzängste des Gewerbes seien unbegründet. Als wichtig erachtete Stadler auch Vorschläge, die zu einer neuen Einstellung gegenüber der Arbeit führen. Die Neuverteilung der bezahlten Erwerbs- und der unbezahlten Nichterwerbsarbeit sei gefordert, zeigte sich die Rednerin überzeugt.

Firmengewinne und Entlassungen

Als «stossend» empfand es Brigitte Profos, wenn «Firmen hohe Unternehmensgewinne einstreichen, andererseits aber Massenentlassungen vornehmen». Auch forderte die SP-Regierungsratskandidatin, dass Arbeit existenzsichernd sein müsse. Sie sprach damit das Problem der «working poors» an, erreichten doch heute 8 Prozent der Arbeitenden das Existenzminimum trotz ihrer Vollbeschäftigung.

die Rednerin auf den Druck und den Stress, dem jene ausgesetzt seien, die Arbeit hätten. Arbeit müsse besser verteilt werden, forderte sie. Aber auch das Potential von Teilzeitstellen sei längst nicht erschöpft. Es sei eine Verpflichtung für die Gewerkschaften, beharrlich zu bleiben jenen gegenüber, die «oft aus Unwissenheit glaubten, dass man sich an den eigenen Haaren aus den Schwierigkeiten ziehen könne».

Sich den Respekt erkämpfen

Wie Bruno Bollinger betonte, «müssten sich die Gewerkschaften wieder den Respekt der Arbeitgeber erkämpfen». «Die Jugendlichen und die Arbeitenden müssen gegen die Shareholder und den Turbo-Kapitalismus rebellieren, wenn sie nicht überfahren werden wollen», unterstrich er. Seiner Ansicht nach werden «die Gewerkschaften nicht darum herumkommen, für die Verteidigung der Interessen der Arbeitenden zu Kampf-massnahmen zu greifen». Die Gewerkschaften seien aber nur so stark, wie sie von den Arbeitenden getragen würden. Gewerkschaften seien heute nötiger denn je.

An die Kundgebungsteilnehmenden spanischer und italienischer Sprache wandte sich Ana Maria Rubio. Ihr ging es vor allem um die Stärkung der Situation der Frau. Arbeit sei notwendig, aber nicht «zu jedem Preis», betonte sie, was von den Kundgebungsteilnehmern mit besonderem Interesse aufgenommen wurde.

1. Mai-Kundgebung 1998: Aus der Begrüssung von Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Ich begrüsse Euch alle zur diesjährigen 1. Mai-Feier. Wir feiern dieses Jahr nicht nur den 1. Mai, sondern auch 30 Jahre '68 und 80 Jahre Generalstreik. Der Generalstreik war nötig, um der organisierten Arbeiterschaft, insbesondere den Gewerkschaften, den Respekt der Arbeitgeber zu verschaffen. Im Mai '68 haben die Jugend und die Arbeiterschaft gegen die Mächtigen rebelliert. Der Mai '68 steht als Symbol dafür da, dass die Jugendlichen - und in vielen europäischen Ländern auch die Arbeitenden - sich selber für ihre Rechte engagiert haben.

Das hat alles sehr viel mit heute zu tun: Die Gewerkschaften müssen sich wieder den Respekt der Arbeitgeber erkämpfen. Die Jugendlichen und die Arbeitenden müssen gegen die Shareholder und den Turbo-Kapitalismus rebellieren, wenn sie nicht überfahren werden wollen. Die Gewerkschaften werden nicht darum herum kommen, für die Verteidigung der Interessen der Arbeitenden zu Kampfmassnahmen zu greifen. Dafür brauchen sie aber die Unterstützung der Direktbetroffenen. Denn die Gewerkschaften sind nur so stark, wie sie von den Arbeitenden getragen werden.

Und dies muss gerade heute mit aller Deutlichkeit wieder gesagt werden. Weder der Generalstreik 1918 noch der Mai '68 wären möglich gewesen, ohne die vielen Leute, die für ihre Interessen auf die Strasse sind. Die Faust im Sack zu machen, bringt nicht viel. Die Arbeitenden müssen den Gewerkschaften beitreten und sich aktiv für ihre Rechte einsetzen. Denn die Gewerkschaften sind heute nötiger denn je!

An diesem 1. Mai 1998 holt uns die Geschichte wieder ein: Die Geschichte mit ihren grausigsten Seiten, wenn ich an das denken, was in den letzten Tagen in Luzern stattgefunden hat. Aber auch von ihren schönen Seiten, wenn ich an die Rolle der kämpferischen GewerkschafterInnen in Zug gerade im Zusammenhang mit dem 1. Mai denke. Der 1. Mai ist zwar noch nicht jener Kampf- und Aufbruchtag geworden, den wir uns gewünscht haben. In diesem Zusammenhang muss ich an einem 68er-Slogan denken, der für mich immer noch aktuell ist: „Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom“.

Auf der vorhergehenden Seite der Bericht in der neuen Zuger Zeitung vom 2. Mai 1998. Und hier eine kleine Berichtigung in der nZZ vom 5.5.98. Die Zuger Presse berichtete nicht darüber.

1.-Mai-Feier

Zug - Die Bildlegende über die 1.-Mai-Feier des Gewerkschaftsbundes in der Ausgabe vom 2. Mai enthielt einen Fehler: Die abgebildete Person war nicht Sybilla Schmid, sondern Anita Stadler.

Am 29. April 1998 führte der GBZ eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Streik“ durch. Leider besuchten nur wenige KollegInnen diese interessante Veranstaltung. Hier der Bericht in der neuen Zuger Zeitung vom 1. Mai 1995. Die Zuger Presse berichtete nicht darüber.

Gewerkschaften: Streik?

Zahnloser Hund, der bellt

So wenig Zuspruch hatte der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug an seinen Anlässen wohl noch nie: Drei Referenten, ein Gesprächsleiter und fünf Zuhörer fanden sich im «Löwen»-Saal ein. Das Thema «Ein Generalstreik täte diesem Lande gut» blieb im Kreis der Veranstalter – sie selbst sehen die Zeit für einen Generalstreik noch nicht gekommen.

1918 fand der bisher einzige Generalstreik in der Schweiz statt. Wie Roland Roost, ehemaliger Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie an der «Stammtischrunde» ausführte, habe der Generalstreik den Arbeitenden «den Respekt der Arbeitgeber und der Bürgerlichen eingebracht». Die organisierte Arbeiterschaft habe einen Ausbau des Sozialstaates und eine Verbreitung der Gesamtarbeitsverträge erreicht.

«Streik muss wachsen»

Giorgio Pardini, GBI-Regionalsekretär, Luzern, der sich im Arbeitskampf der Marmor-Granit-Betriebe engagiert hatte, betonte, es sei wichtig, dass die Leute wüssten, worum es gehe. Man könne in der Schweiz nicht einfach einen Streik diktieren, er müsse aus der Überzeugung der Leute wachsen. In einem Land, in dem der Streik über Generationen hinweg «abgewürgt worden ist», sei dies schwierig. Je weiter sich die Organisation von der Basis entferne, desto problematischer sei es, Leute zu mobilisieren.

Auf diese Problematik wies auch Ruedi Amrein, Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (SMUV), Zug, hin. Im Juni 1998 laufe die Vereinbarung mit den Arbeitgebern aus, die 1937 unterzeichnet worden sei. Ganze Generationen wüssten nicht, was streiken heisse. Und nun konfrontiere man die Leute mit Verträgen zu einem Zeitpunkt, da die Unternehmen die Gewerkschaften gar nicht mehr ernst nähmen. Gewerkschaften verglich er mit einem «Hund ohne Zähne, der nur noch bellen kann».

Lieber den Spatz in der Hand ...

Amrein wies auf die Diskrepanz zwischen den (positiven) Geschäftsabschlüssen der Unternehmen einerseits und dem den Arbeitenden angebotenen Nulltarif andererseits. Das sei – so kritisierte er – nicht mehr ein Akt von «Treu und Glauben». «Offenbar wollen die Leute, wenn es eng wird, lieber den Spatz in der Hand statt die Taube auf dem Dach», folgerte der Gewerkschafter. Die Nichtpräsenz der Arbeitenden an der Veranstaltung gab ihm recht.

Im Verlaufe des Abends wurden neue Arbeitsmodelle gefordert, die dank flexiblerer Arbeitszeit und -verteilung zu besserer Beschäftigung beitragen könnten. Allerdings zeigte sich Ruedi Amrein eher pessimistisch und gab der Befürchtung Ausdruck, dass es sogar innerhalb der Arbeitnehmerverbände darob zu Grabenkämpfen kommen könnte.

ANNEMARIE SETZ

Die Viktoria-Möbel in Baar haben ihre Produktion eingestellt. Der Sozialplan ist ohne die Gewerkschaften ausgearbeitet worden. Hier eine sehr kurzgeratene Zusammenfassung der GBI-Stellungnahme in der Zuger Presse vom 1. Mai 1998.

Victoria-Möbel: Gewerkschaft reagiert bestürzt

■ ZP. Mit Bestürzung hat die Sektion Zentralschweiz der Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) auf die Schliessung der Victoria Möbelwerke («Zuger Presse», 29. 4.) in Baar reagiert. In einem Pressecommuniqué erinnert die GBI an das Versprechen der Firma vor zwei Jahren, bezüglich der seinerzeitigen Entlassung von 25 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, einen Sozialplan vorzulegen. Diesen Sozialplan habe die GBI bis heute nicht gesehen.

Im weiteren weist die GBI auf die gesunde finanzielle Lage der Firma hin, die es problemlos erlauben würde, eine momentan schwierige Phase zu überbrücken.

Delegiertenversammlung des Zuger Gewerkschaftsbundes (GBZ) vom 12. Mai 1998

Die Parole zur Genschutz-Initiative wurde nach einer kontroversen Diskussion beschlossen. Da gleichviele Delegierte für ein Ja wie für ein Nein zur Genschutz-Initiative votierten, begnügt sich der Zuger Gewerkschaftsbund mit einer Stimmfreigabe. Unbestritten war hingegen die Nein-Parole zu den Haushaltszielen und die Ja-Parole zur Initiative Schluss mit dem Schüffelstaat. Alle weiteren Geschäfte waren unbestritten. GBZ-Präsident Bruno Bollinger sowie der übrige Vorstand, mit Sybilla Schmid, Josy von Wyl, Juan Gonzalvez, Toni Gschwind und Pietro Panico, wurden einstimmig wiedergewählt. Ebenfalls ohne Opposition wurde die Auflösung des Vermögens der Arbeitermusik beschlossen. Davon gehen 10'000 Franken an den Verein Zuger Industriepfad, mit dem Auftrag die Rolle der organisierten Arbeiterbewegung in der Zuger Industriegeschichte zu erforschen, und 11'000 Franken für das Buchprojekt „30 Jahre 1. Mai in Zug“ von B. Bollinger.

Am Schluss der Versammlung referierte Andreas Rieger von der Präsidialabteilung der Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) über das Thema „(Lebens)arbeitszeit verlängern oder verkürzen“. Statt die Arbeit auf mehr Leute zu verteilen, wird in fast allen Branchen immer mehr Überzeit gearbeitet, so dass in den letzten Jahren eine Arbeitszeitverlängerung stattgefunden hat. Immer weniger Menschen schaffen es noch, bis zur Pensionierung zu arbeiten; immer mehr werden invalidisiert oder landen bei den Langzeitarbeitslosen. Trotzdem soll das Rentenalter heraufgesetzt werden, man spricht ja bereits vom Rentenalter 65 für Frauen. Die Gewerkschaften haben nun eine Arbeitszeitverkürzungs-Initiative lanciert, welche mit einer Jahresarbeitszeit im Schnitt die 36 Stundenwoche einführen will; zudem soll die Zahl der möglichen Überstunden stark eingeschränkt werden. Was das Rentenalter betrifft, so wird im September über die Auffanginitiative der Gewerkschaften abgestimmt, welche das Rentenalter der Frauen wieder auf 62 Jahre zurücksetzen will.

Dieser Bericht wurde für die Zuger Presse verfasst, die es aber nicht veröffentlichte. Hier der Bericht der neuen Zuger Zeitung vom 14. Mai 1998.

Gewerkschaftsbund: DV

Für kürzere Arbeitszeiten

Fragen der Arbeitsplatzsicherung, der dieses Jahr anstehenden Initiativen, Abstimmungen und Regierungsratswahlen, der Herabsetzung des Pensionsalters sowie der Arbeitszeitverkürzung beschäftigten die Delegierten des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug (GBZ).

mm. Laut Gewerkschaftsbundspräsident Bruno Bollinger ist eine enge Zusammenarbeit aller Gewerkschaften unabdingbar, «denn der vielgepriesene Aufschwung im Arbeitsmarkt täuscht». So habe die Metallindustrie 1997 trotz Exportsteigerung um zehn Prozent 11 500 Arbeitsplätze abgebaut, und bei gleichbleibender Entwicklung gingen in den nächsten fünf Jahren weitere 45 000 bis 50 000 Arbeitsplätze verloren. Bollinger zufolge hatten die Gewerkschaften drei grosse politische Erfolge: beim Arbeitsgesetz und beim Arbeitslosengesetz und auf kantonaler Ebene gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten.

Der GBZ will bei den Zuger Wahlen und der AHV-Rentenalter-Initiative aktiv sein. Weiter wurde beschlossen, das seit 1974 brachliegende Vermögen der einstigen Arbeitermusik aufzulösen und dem Zuger Industriepfad (10 000 Franken) und dem Buchprojekt von Bruno Bollinger «30 Jahre 1. Mai in Zug» (11 600 Franken) zur Verfügung zu stellen.

Bollinger und der übrige Vorstand wurden einstimmig bestätigt. Die Stimmfreigabe des Nationalen Gewerkschaftsbundes zur Genschutz-Initiative gab zu reden – der GBZ solle eine eigene Parole fassen. Und da diese Abstimmung unentschieden ausging, kam es auch beim GBZ zur Stimmfreigabe. Klar waren das Nein zu den Haushaltszielen des Bundes und das Ja zur Initiative «Schweiz ohne Schnüffelpolizei».

Neues Modell zur Arbeitszeit

Andreas Rieger von der GBI-Präsidialabteilung Zürich erklärte, die Arbeitszeitverkürzung sei in der Schweiz in den letzten 35 Jahren nur schleppend und längst nicht in allen Berufszweigen erfolgt: «Alle Statistiken täuschen, da die grösste Arbeitszeitverkürzung im Bereich Teilzeitarbeit stattfand – also unter dem Gesichtspunkt, weniger Zeitaufwand bedeutet entsprechend weniger Lohn.» Da in vielen Unternehmungen nicht stur an einer wöchentlich fixierten Arbeitszeit festgehalten werden könne, müsse ein französisches Modell in Betracht gezogen werden, das eine jährliche Arbeitszeitbegrenzung beinhalte.

Ziele zur Sicherung von Arbeitsplätzen sind laut Rieger, die jährliche Arbeitszeit zu verkürzen, die Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre zu verhindern und eine flexible, für den Arbeitnehmer finanziell tragbare Lösung für eine vorzeitige Pensionierung zu finden, nämlich durch eine Ruhestandsrente ab 62 Jahren.

Luzern: GV der Gewerkschaft Bau und Industrie Zentralschweiz

Otto Stich bei den Bauarbeitern



Vor der Rede vor den GBI-Bauarbeitern posiert Otto Stich mit Gewerkschafts-Prominenz.

BILD HERBERT FISCHER

Für die Verkürzung der Arbeitszeit und gegen weitere Mehrwertsteuerprozentente hat sich am Samstag abend in Luzern alt Bundesrat Otto Stich ausgesprochen. Zur Abstimmung vom 7. Juni über die Verfassungsbestimmung über das Sparen äusserte er Bedenken.

hrf. Der frühere Finanzminister war auf Einladung der Sektion Zentralschweiz der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) ins Casino nach Luzern gekommen, um über «die soziale Frage» zu reden. Er äusserte sich deshalb noch immer öffentlich, weil «es in der heutigen Zeit einiges zu sagen gibt», begründete Stich seinen Auftritt vor der Zentralschweizer GBI-Basis. Zum Beispiel regiere mehr denn je die Wirtschaft dieses Landes, und gewisse Kreise wollten den Staat offenbar sogar ganz abschaffen. Dem hätten sich «auch und vor allem» die Gewerkschaften entgegenzustimmen. Denn «der Schutz derer, die nicht zu den Stärksten gehören», sei eine der

wichtigsten Staatsaufgaben, erst recht in einer Zeit, da die Summe aller Erwerbseinkommen unter dem Total der Kapitalgewinne liege; nur die Arbeit aber werde besteuert, was es zu ändern gelte.

Reine Schreckgespenster

Um die noch vorhandene Arbeit besser zu verteilen und die Arbeitslosigkeit abzubauen, unterstützt der pensionierte Bundesrat ausdrücklich die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Der Klage der Arbeitgeber, dieses Volksbegehren schwäche die Schweizer Wirtschaft, sei von denselben Kreisen bereits zum Kampf gegen die 60-, nachher gegen die 48- und wiederum gegen die 44-Stunden-Woche beschworen worden: «Weder die Welt noch die Schweiz sind aber inzwischen untergegangen.»

Energie statt Arbeit besteuern

Hingegen dürfe die Arbeit nicht teurer werden, indem beispielsweise die Mehrwertsteuer erhöht würde. Sie för-

dere «letztlich die Arbeitslosigkeit», ebenso die Teuerung mit ihren bekannten Kaufkraftverlusten auf Arbeitnehmereinkommen; auch begünstige sie die Schwarzarbeit. Stich forderte demgegenüber endlich eine Energiesteuer, wie sie beispielsweise bereits in den bundesrätlichen Legislaturzielen von 1987 als Voraussetzung für qualitatives Wachstum definiert worden war.

Er sei «bekanntlich weiss Gott nicht gegen das Sparen». Die Verfassungsbestimmung, über die am 7. Juni abgestimmt wird, finde er aber «nicht in Ordnung». Sie berge die Gefahr, dass die Wirtschaft «für sich weitere Steuererleichterungen» durchsetze und nachher dem Parlament die einzige Möglichkeit bleibe, «die in der Verfassung verlangte Kompensation durch Sparen zu erreichen – vielleicht im sozialen Bereich oder im öffentlichen Verkehr». Der frühere Finanzminister unterliess es jedoch, konkret dazu aufzurufen, die Vorlage an der Urne abzulehnen.

GBI

Erstmals wieder weniger Mitglieder

Die Sektion Zentralschweiz der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) zählte Ende 1997 ohne Saisoniers 3415 Mitglieder – erstmals seit 1985 waren dies weniger als zu Beginn des Jahres.

Laut Regionalsekretär Giorgio Paradini erfolgten 600 Austritte, in den allermeisten Fällen aus wirtschaftlichen Gründen wie Arbeitslosigkeit, Stellenwechsel in andere Branchen und damit in Rekrutierungsgebiete anderer Gewerkschaften; oder auch, weil die Beiträge für die durch Einkommenseinbussen geschwächten Budgets zu hoch geworden waren.

300 neu eingetreten

Sektionspräsident Robert Märchy sagte dazu, die heutige Zeit erfordere von den einzelnen Mitgliedern so viel Mut wie noch nie, sich zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu bekennen. Auch das wirke sich auf die Mitgliederwerbung aus. Den 600 Austritten des letzten Jahres stehen jedoch 300 Neueintritte gegenüber.

Märchy sagte auch, das Personal der GBI-Arbeitslosenkasse an der Museggstrasse 18 in Luzern müsse sich mitunter von Arbeitslosen Beschimpfungen anhören, die er nicht öffentlich zitieren wolle. Dieses Personal wende jedoch nur Gesetze und Bestimmungen an, die andere so geschaffen hätten. Diese Kasse zahlte 1997 an 1153 Bezüger insgesamt 15,5 Mio. Fr. aus, das sind 10% der im Kanton Luzern ausgerichteten Leistungen der Arbeitslosenversicherung. hrf

An der GV vom Verein Zuger Industriepfad wurde Bruno Bollinger in den Vorstand gewählt. Hier der Bericht der neuen Zuger Zeitung vom 29. April 1998.

Verein Industriepfad: Wechsel im Vorstand

Menschliche Erinnerungen im «Metalli»-Film

An der Generalversammlung des Vereins Industriepfad Lorze zogen Anna Merz, Bruno Bollinger und Peter Pfrunder in den Vorstand ein. Sie ersetzen die mit Dank und Anerkennung verabschiedeten Heini Schmid und Walter Wyss. Verdiente Beachtung fand der auch der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Film «Chönd Sie sich erinnere?» mit ehemaligen «Metalli»-Angestellten.

Jtl. Der Verein Industriepfad Lorze realisierte 1997 wirtschaftshistorische Stadtrundgänge in Zug Nord, die auf grosses Interesse stiessen. Derzeit widmet sich der Verein voll der Jubiläumsausstellung «150 Jahre Bundesstaat – 150 Jahre Industriekultur», angereichert mit lokalen und regionalen Aspekten, an der Kantonsschule Zug. Laut Präsident Hans Opprecht regen auch die durch den Verein stadtweit präsentierten Plakate unter dem Motto «Woher? Wohin?» zu vertieftem Nachdenken an.

Dieses Jahr gibt es Besichtigungen der wieder instand gestellten «Sabelis Säge» in Oberägeri. Ausserdem soll das alte SBB-Stellwerk Cham in den Industriepfad integriert werden.

Dank an die scheidenden Vorstandsmitglieder

Mit herzlichem Dank verabschiedete Opprecht die scheidenden Vorstandsmitglieder Heini Schmid, mit exzellenten Rechtskenntnissen und ebensolchen Beziehungen zu Baar und der Tourismusbranche, und Walter Wyss, einen gewieften Kommunikator und Projektmanager. Der Präsident konnte mit profilierten, einhellig gebilligten Nominierungen aufwarten: Anna Merz, Ur- und

Frühgeschichtlerin, Projektleiterin der Zuger Geschichtsgruppe «1848» des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen, Bruno Bollinger, Bildungsbeauftragter bei der Gewerkschaft Bau & Industrie, Zürich, mit besonderem Interesse an der Rolle der organisierten Arbeiterbewegung und der Immigration in der Industrieentwicklung, Peter Pfrunder, Volkskundler, Koleiter des Forums für Schweizer Geschichte in Schwyz, bald Leiter der Stiftung für Photographie, Zürich.

Wohlgelungenes Filmexperiment mit «Metalli»-Angestellten

Vor grossem Publikum fand die Uraufführung des Filmes «Chönd Sie sich erinnere?» auf Riesenleinwand statt. Während 40 Minuten erzählten sieben einstmalige Angestellte der «Metalli», befragt durch stellenlose Geschichtsinteressierte unter der Leitung von Anna Merz, aus ihrem Arbeitsalltag, von den zwanziger Jahren mit Arbeitskampf und sozialen Spannungen bis in die jüngeren Dezennien, die nicht zuletzt die weithin unbekannte Fertigung von Triebwerksteilen für «Venom» und «Mirage» beinhalteten. Sie führten eine untergegangene Epoche, ein Stück industrieller Vergangenheit, eindrücklich und buchstäblich vor Augen. Geschickte Einblendungen von Bildern ermöglichten den direkten Vergleich der Voten und der örtlichen Arbeitssituation. Zusätzlich öffneten die Interviewten ihre eigenen Fotoalben zur Illustration des Gesagten.

Die Fachleute verstehen diesen Film als Ergänzung zur Geschichtsforschung: Die «Oral History», mündliche Geschichte, zeigt auch soziale Aspekte auf, verdeutlicht, dass hinter Maschinen und Produkten stets Menschen wirken.

Die Auseinandersetzung um die Ladenöffnungszeiten ist noch nicht zu Ende. Hier die neuste GBZ-Stellungnahme vom 23. Juni 1998.

Ladenöffnungszeiten:

Immer noch keine Verbesserungen für das Personal

Am 23. November 1997 hat die Zuger Bevölkerung mit einer deutlichen Mehrheit eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Hauptgrund dieser Ablehnung war die Voraussicht, dass eine solche Verlängerung auf Kosten des Verkaufspersonals und der Detaillisten gehen würde.

Inzwischen haben etliche Geschäfte im Kanton die Ladenöffnungszeiten, im Rahmen des heutigen Gesetzes, abends bis 19.00 Uhr verlängert. Dies hat zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt. Das Personal hat später Feierabend und einen verlängerten Arbeitstag, weil zum Teil die Mittagspause ausgedehnt worden ist. Und diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist - nach den uns vorliegenden Informationen - in keiner Art und Weise kompensiert worden.

Nun möchte die „neue Pro Zug“ 2 Verkaufssonntage im Dezember haben. Aber auch der Stellungnahme der „neuen Pro Zug“ haben wir keine Vorschläge entnehmen können, welche Verbesserungen für das Personal vorgesehen sind. In der Auseinandersetzung über die Ladenöffnungszeiten im letzten Herbst ist ganz klar sichtbar geworden, dass vor allem in den grösseren Geschäften die Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals nicht genügend sind. Tiefe Löhne, lange und unregelmässige Arbeitszeiten, unbezahlte Arbeitszeiten und Arbeit auf Abruf. Wir erwarten von den Zuger Geschäftsinhabern, dass sie mit den Gewerkschaften zusammen einen anständigen Gesamtarbeitsvertrag für das Verkaufspersonal ausarbeiten. Gerade die „neue Pro Zug“ als Verband der Zuger Geschäfte könnte hier vorangehen.

Bis es soweit ist, bleibt die Haltung der Gewerkschaften klar: Wir werden keiner Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zustimmen, wenn diese nicht mit entsprechenden Verbesserungen für das Verkaufspersonal ausgeglichen wird.

Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund Zug (GBZ)